

Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Mittwoch, 04.03.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:02 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Pohlmann, Marianne

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Davids, Walter
Gosciniak, Heinz
Scheffel, Enno
Stöhr, Friedrich

für Johann Wessels

CDU-Fraktion

Odinga, Hinrich
Verlee, Carmen

Als Gast

Bongartz, Helmut

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf
Hoofdmann, Erwin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

für Wulf-Dieter Stolz

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Weber, Heinz-Wilhelm
Oldiges, Ann

für Ingo Tuitje
Leiterin Polizeiinspektion Emden

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

(bis 17:25 Uhr)

von der Verwaltung

Ahten, Okko
Grendel, Volker
Lenz, Bernd
Post, Hinrich

Protokollführung

Onnenga, Olga

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Pohlmann eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt Herrn Dr. Schröder von der Ostfriesen-Zeitung und Herrn Voitel von der Emdener Zeitung.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 05.11.2008

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 5.11.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 8. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.
Vorlage: 15/1042

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/1042 als Anlage beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

- TOP 6 9. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975
Vorlage: 15/1044

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/1044 als Anlage beigefügte 9. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 7 Aktuelle Entwicklung zum Thema "Handyparken"
Vorlage: 15/1048

Mit einer PowerPoint Präsentation erläutert **Herr Grendel** die Einführung des SMS&Park als alternatives Zahlungsmittel für Parkgebühren in der Stadt Emden. Die Firma „sunhill technologies“ habe in Zusammenarbeit mit allen gängigen Mobilfunkunternehmen eine Bezahlmöglichkeit für Parkgebühren durch Senden einer SMS mit einem Handy entwickelt. In Abgrenzung zum bisherigen Handyparken entfallen die bislang übliche Registrierung, die notwendige Spezialrufnummer, die Eingabe von Benutzernamen und Kennwort. Durch die Abrechnung der Parkgebühren über die Mobilfunkrechnung entfallen auch das Hinterlegen von Kontodaten. Aus diesem Grund habe das entwickelte Verfahren das DIN-Siegel barrierefrei erhalten.

Mit SMS&Park sei das Handyparken so simpel wie das Senden einer einfachen SMS. Der Kunde sende einfach das Autokennzeichen per SMS (Kurzmitteilung) an die ausgeschilderte Kurzwahlnummer. Innerhalb kürzester Zeit erhalte der Kunde eine Bestätigungsmittteilung über den „gelösten Parkschein“, ohne zum Parkscheinautomaten laufen zu müssen. 10 Minuten vor Ablauf der gebuchten Parkzeit erhalte der Kunde eine Erinnerungsmittteilung und könne die Parkzeit – egal ob er sich beim Arzt, Friseur oder im Cafe befinde - bequem mit dem Handy über die Antwortfunktion oder eine neue SMS verlängern. Die Abrechnung erfolge einfach ohne zusätzliche Kosten für den Kunden über die Handyrechnung oder die Prepaid-Karte.

Die **Vorteile** lassen sich für die Stadt Emden wie folgt zusammenfassen:

- SMS&Park ergänze das bestehende System
- Ersatz für die Geldkartenfunktion der Parkscheinautomaten (PSA)
- sehr bürgerfreundliches System mit Erinnerungsfunktion
- unterstreiche Innovationsgrad, positiver Standortfaktor, Förderung Tourismus
- derzeit Alleinstellungsmerkmal (binnen 3 Jahren werden alle folgen)
- einfache Erschließung neuer Parkflächen, Veranstaltungsparkflächen
- Inkasso durch Mobilfunkunternehmen
- komfortable Abrechnung
- weniger Bargeldmanagement
- steigende Nutzung, geringerer Materialeinsatz
- erfolgreiche EGovernment-Lösung

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Dagegen seien folgende **Nachteile** zu beachten:

- höherer Kontrollaufwand (kein Parkschein, Kennzeichen muss abgefragt werden)
- verzögerte Ertragsbuchung (ca. 1 Monat)
- Kostenreduzierung PSA nur mittelfristig
- zusätzlicher Beschilderungsaufwand

Herr Grendel erklärt, dass die zur Verfügung stehende Technik jetzt so weit ausgereift sei, dass das System ab dem 1. Mai eingeführt werden könne. Die Firma „sunhill technologies“ habe alternative Bezahlungsmodelle angeboten, wobei die ertragsorientierte besonders in der Anfangsphase kostengünstiger sei, weil dieses Modell geringeren Abrechnungsaufwand verursache und eine 100 % Transparenz gewährleiste. Zwar müsse die Stadt rund 6.500 Euro für die SMS-Nummer, neue Schilder und Werbung ausgeben, aber diese Ausgaben würden sich amortisieren, da auch von einer Kostenreduzierung bei den Parkscheinautomaten ausgegangen werden kann.

Herr Davids möchte wissen, weshalb in der Vorlage keine finanzielle Auswirkungen eingetragen sind. Außerdem möchte er gerne wissen, ob ältere bzw. behinderte Menschen Nachteile in Kauf nehmen müssten.

Herr Lutz erwidert, dass die derzeitige Alternative, die Parkgebühr mit der Geldkarte am Parkautomaten zu entrichten, nur zu 1 % ausgenutzt werde. Die Vorhaltung an den Parkautomaten koste sehr viel Geld, was eingespart werde. Per Saldo gäbe es keine finanziellen Auswirkungen keine, wie in der Vorlage angemerkt.

Herr Grendel verdeutlicht, dass die Zahlung per Handy als Ergänzung des Systems zu sehen sei. Die Möglichkeit, den Parkschein mit Münzen zu bezahlen, bleibe weiterhin.

Herr Fooken begrüßt die zukünftige Möglichkeit die Parkgebühr per Handy zu entrichten, zumal nicht genutzte Parkzeit auf einen anderen gebührenpflichtigen Parkplatz in Emden „mitgenommen“ werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 8 Erstellung einer Ampelanlage Wolfsburger Straße in Höhe der Larrelder Sportplätze;
-Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2008
Vorlage: 15/1046

Herr Fooken verweist auf den Protest von 1300 Bürgern, dass keine Ampel aufgestellt werden solle. Diese Unterschriften dürften nicht ignoriert werden, weil ein Bedarf vorhanden sei. Mit der Alternative, einen ca. 600 m langen Radweg auf der westlichen Seite der Wolfsburger Straße zu erneuern, würde das Problem umgangen und nicht gelöst. Außerdem seien die Kosten für die Herrichtung des Radweges deutlich höher als die einer Ampelanlage.

Herr Grendel erklärt zunächst, warum der Antrag der FDP als Mitteilungsvorlage statt als Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Antrag der FDP auf Errichtung einer dauerhaften Lichtsignalanlage sei von der Verwaltung nach Abwägung auf Grundlage einschlä-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

giger Gesetze und Richtlinien zu entscheiden und unterliege damit nicht der Beschlussmöglichkeit durch die politischen Gremien. Über den Antrag einer erneuten Testphase mit einer Ampelanlage könne hingegen der Rat beschließen, da es sich lediglich um eine vorübergehende Errichtung zum Zwecke der Datenbeschaffung handele. Weiterhin bemerkt er, dass die Anzahl der Fahrradfahrer und Fußgänger, die die Lichtsignalanlage während der Testphase genutzt hätten, für eine dauerhafte Einrichtung zwar ausreichen, die daraus resultierenden Nachteile für den Autoverkehr (überwiegend Werksverkehr) aber überproportional gewesen wären.

Herr Odinga verdeutlicht, dass die Situation nur bei dem Schichtwechsel von VW gefährlich sei, dabei gehe es um 150 Fahrradfahrer. Schüler sowie ältere Menschen hätten die Möglichkeit, die Straße an der Ampel in Höhe des „DOC“ sicher zu überqueren und könnten zur Weiterfahrt den Radweg durch Larrelt nutzen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Antrag auf Messung von LKW's auf der Landesstraße 2 im Bereich Emden während der Sperrung der Kreisstraße zwischen Leer und Terborg;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 5.12.2008
Vorlage: 15/1047

Herr Grendel erläutert die in der Vorlage aufgeführte Verkehrsdatenerhebung in der Zeit der Vollsperrung der K 1 in Höhe Terborg. Festgestellt wurde, dass trotz Sperrung der K 1 ab Terborg immer noch ca. 300 statt der 600 LKW die Landesstraße im Bereich Petkumer Munte passieren. Man kann davon ausgehen, dass diese LKW zu dem Umfeld bis Oldersum gehören. Mehr könne aus dem Ergebnis nicht abgeleitet werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Testphase Ampel an der Wolfsburger Straße;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2009
Vorlage: 15/1049

Herr Davids verweist auf den Antrag der SPD und hofft, dass nach der Datenerhebung einer 2. Testphase mit geänderten Schaltphasen neue Erkenntnisse vorliegen werden.

Herr Grendel erläutert die in Vorlage unter „Stellungnahme der Verwaltung“ aufgeführten verschiedenen Grün-, Gelb- und Rotphasen, mit Wartezeiten und den zu beachtenden Sicherheitsvorschriften. Die Vorschriften für die Errichtung und Schaltung einer Ampelanlage seien so eng, dass es bei einem weiteren Test kaum Veränderungen bei der technischen Einstellung der Lichtsignalanlage geben könnte. Die Ergebnisse aus der 1. Testphase wären nicht zu beanstanden. Die Kosten für eine erneute Teststellung würden ca. 5.000 Euro betragen, die nicht im Haushalt 2009 berücksichtigt wurden.

Herr Davids schlägt eine Testphase mit einer längeren Grünphase für Autofahrer vor, somit müssten die Radfahrer etwas länger warten.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Schild hält die Testphase für überflüssig und reine Geldverschwendung. Die 5.000 Euro könnten nach seiner Ansicht besser in den Radweg investiert werden.

Herr Fooken beharrt auf seinen Standpunkt, dass bei der 1. Testphase nicht alle Möglichkeiten der Schaltphasen ausgetestet worden seien.

Herr Grendel befürchtet, dass eine Wartezeit länger als 40 Sekunden das Fehlverhalten querender Fußgänger und Radfahrer fördere und die Akzeptanz der Lichtsignalanlage senke. Auch eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 auf 50 km/h, wie von **Herrn Fooken** vorgeschlagen, hält er für weniger sinnvoll, da hierdurch lediglich 2 Sekunden Gelbzeit eingespart werden könnten und dieses zu Lasten der Sicherheit querender Fußgänger und Radfahrer ginge.

Frau Oldiges stimmt zu und spricht in diesem Zusammenhang von einer „trügerischen“ Sicherheit.

Nach einer Diskussion über die Kosten einer 2. Testphase schlägt **Herr Schild** vor, die Vorlage zur erneuten Beratung an die Fraktionen zurückzuweisen.

Frau Pohlmann übergibt den Vorsitz an **Frau Bamminger** und bittet um das Wort. Sie trägt vor, dass in den Fraktionen das Thema vor der Antragstellung ausführlich diskutiert worden sei. 1300 Bürger hätten unterschrieben, dieses sei kein „Pappenstil“. Die Sorgen der Bürger würden ernstgenommen. Bei einem Treffen mit den Bürgern vor Ort seien wiederholt die Schaltzeiten der 1. Testampel kritisiert worden. Die Radfahrer konnten nach Abschluss ihrer Phase sofort eine neue Grünphase anfordern. Um neue Erkenntnisse zu bekommen, werde die 2. Testphase beantragt. An **Herrn Grendel** richtet sie die Frage, wie viel eine endgültige Ampel kosten würde.

Herr Lutz erklärt, dass dem Rat nicht die Entscheidung über eine endgültige Ampel obliege. Die Abwägung der Vorteile für ca. 150 Radfahrer und die Nachteile für mehrere 1.000 Autofahrer beim Schichtwechsel sei für die Einrichtung einer Ampel entscheidend. Wenn weitere Testphasen mit einer Ampel durchgeführt würden, die unterschiedliche Daten brächten, sei eine Abwägung der Vor- und Nachteile erforderlich.

Herr Grendel erwidert, dass eine Ampelanlage, die nicht verkehrsabhängig ist, ca. 33.000 Euro kosten werde.

Herr Schild zieht seinen Antrag auf Zurückweisung an die Fraktionen zurück.

Frau Pohlmann bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss:

Auf den der Vorlage Nr. 15/1049 beigefügten Antrag der SPD-Fraktion wird verwiesen.

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, die beantragte neue Testphase einer Ampel an der Wolfsburger Straße mit anderen Taktzeiten zu beschließen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 11 Sperrung der Neutorstraße für den Lkw-Verkehr;
- Anträge der CDU-Fraktion vom 10.11.2008 und 17.02.2009
Vorlage: 15/1050

Herr Bongartz erklärt, dass sich die CDU-Fraktion bereits seit längerer Zeit mit der Absicht beschäftige, die Neutorstraße zwischen der „Kaufhalle“ und dem Rathausplatz für den Schwerlastverkehr wieder zu sperren. Er weist darauf hin, dass mit der Errichtung der Neutorgalerie die Absicht verbunden war, die Innenstadt deutlich attraktiver zugestalten. Gleichzeitig wurde die Straße für den Schwerlastverkehr gesperrt, auch im Hinblick auf die nicht ausreichende Gründung der Galerie. Die Geschäftsleute in der Neutorstraße bangen um die Fundamente der Neutorgalerie und befürchten, dass die Erschütterungen durch LKW die Leichtgründung auf Dauer schädigen. Wegen innerstädtischer Straßenbaumaßnahmen sei einige Jahre später die Sperrung „kurzfristig“ für LKW aufgehoben, aber nicht wieder eingerichtet worden. Nach Abschluss der Sanierung des Kernstadtbereiches sei es nunmehr zwingend geboten, die Sperrung für den Schwerlastverkehr (über 7,5 t), wieder unverzüglich einzuführen.

Herr Grendel erläutert die „Stellungnahme der Verwaltung“ in der Vorlage und bemerkt, dass in den letzten 10 Jahren kein angezeigter Verstoß gegen die Sperrung bekannt wurde und der Verwaltung auch keine Anträge für Ausnahmegenehmigungen für stattfindenden Lieferverkehr in der Neutorstraße vorliegen würden. Die vorhandenen LKW-Verbote wurden mangels stützender Verkehrslenkungsmaßnahmen (Wegweisung, Alternativrouten) nicht mehr eingehalten. Aus diesem Grunde wurde mit der Erweiterung der Autobahn und der damit notwendigen Neubeschilderung ein Gewerbegebietsweisungskonzept erarbeitet und in zähen Verhandlungen mit dem Bauträger der BAB durchgesetzt. Durch die Verkehrslenkung werden Falschfahrten von LKW-Fahrer vermieden, die innerstädtischen LKW-Verkehre auf das für die Versorgung notwendige Maß begrenzt und somit das Stadtzentrum von unnötigem LKW-Verkehr entlastet. Zum Abschluss seiner Erläuterungen weist er darauf hin, dass die einzige bestehende Alternative zur Durchfahrung der Neutorstraße in der Umfahrung über die Straße Am Delft, Ringstraße, Große Straße, Bahnhofplatz, Jungfernbrückstraße und die Straße Agterum liege, d.h. für die Sperrung von 100 m Straße müssten die LKW fast 1,3 km durch sensible Bereiche der Innenstadt fahren und das ohne weitere Wegweisung.

Herr Davids und **Herr Graf** sind der Meinung, dass Anlieferungen nur zu bestimmten Zeiten bzw. zeitlich begrenzt erlaubt werden sollten.

Herr Schild verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Neutorstraße in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich umzuwandeln.

Herr Bongartz berichtet, dass er die LKW-Verkehre gezählt habe. In 2 Stunden habe er an verschiedenen Tagen 18 bis 20 LKW über 7,5 to gezählt, darunter u.a. Tanklastzüge und LKW mit Container.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Grendel verdeutlicht, dass man sich von der zeitlichen Begrenzung für Anlieferverkehre im Rahmen der heutigen Logistik verabschieden müsste. Bei den vielen Filialisten, die beliefert werden müssen, wären Zeitvorgaben Utopie. Ohne dem Antrag auf einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vorgehen zu wollen, verweist er auf die erforderlichen Umbaumaßnahmen bei den vorhandenen getrennten Fahrspuren und Radwegen. Ob sich durch eine Sperrung der Neutorstraße für LKW über 7,5 t die Anzahl tatsächlich minimiere, wage er zu bezweifeln. Ein Verbot habe es schon gegeben, es sei aber kaum beachtet worden. Eine Kontrolle des Verbots sei nur sehr schwer und mit hohem Personalaufwand für die Polizei als zuständiger Behörde möglich.

Frau Oldiges gibt zu bedenken, dass die Polizei kaum in der Lage sei, das Durchfahrverbot für schwere Lastwagen auf der Neutorstraße auch tatsächlich 24 Stunden zu überwachen. Dafür reichten die Kapazitäten der Polizei nicht aus.

Beschluss:

Auf die der Vorlage 15/1050 beigefügten Anträge der CDU-Fraktion wird verwiesen.

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, den Antrag zu beschließen, dass die Neutorstraße ab dem 1.5.2009 zwischen der Kaufhalle und dem Rathausplatz wieder für den Schwerlastverkehr (über 7,5 to) gesperrt wird. Der Andienungverkehr muss weiterhin zu bestimmten Zeiten möglich sein. Für die Führung des Schwerlastverkehrs entwickelt die Verwaltung ein Wegweiskonzept.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

a) Demonstrationen

Herr Lutz weist darauf hin, dass für den 07.03.09 eine Demonstration gegen die Pläne für die Einrichtung der IGS, sowie am 17.05.09 eine Demonstration gegen das geplante Kohlekraftwerk angemeldet seien. Beide Veranstaltungen sind im Innenstadtbereich geplant.

b) Container für das Schulwegsicherungskonzept der Stadt Emden

Herr Grendel stellt einen Radarmesscontainer vor, dabei handelt es sich allerdings um eine Attrappe, die von der VW-Coaching GmbH deckungsgleich mit der richtigen Geschwindigkeitsmessstation hergestellt wurde. Die Container sollen u.a. dafür sorgen, dass sich Autofahrer vor Grundschulen an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten und auch andere Regeln beachten. Die Stadt nimmt derzeit mit den Schulen Kontakt auf, um das Interesse zu erkunden. Die Auslieferung an die Grundschulen und Aufstellung soll im April/Mai erfolgen. Anfang Juni sollen die Container in Betrieb gehen. Das echte Messgerät wird im Austausch mit den Attrappen regelmäßig eingesetzt, damit die Autofahrer nicht wissen, wann wirklich „geblitzt“ wird.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 13 Anfragen

Wunschzeichen bei der Stadt Emden

Herr Fooker fragt, warum es bei der Stadt Emden keine Wunschzeichen mit zwei Buchstaben und drei Ziffern, wie z.B. in Aurich, gäbe.

Herr Lutz erwidert, dass solche Kennzeichen für die Stadt Emden nicht vom Kraftfahrbundesamt freigegeben seien.

Herr Grendel ergänzt, dass die Freigabe abhängig sei von den Zulassungszahlen. Der Landkreis Aurich habe einen größeren Einzugsbereich, bei der Stadt Emden würden die Kennzeichen mit den zweistelligen Ziffern ausreichen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.